

Patienten unabhängig beraten

Landtagsabgeordneter Tonne sieht Entwicklung auf Bundesebene kritisch

Landkreis. Die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen hat sich in einem Entschließungsantrag zur Sicherstellung einer unabhängigen Patientenberatung bekannt. Dazu schreibt der SPD-Abgeordnete Grant Hendrik Tonne: „Seit 2011 sind die Krankenkassen zur Förderung von Einrichtungen zur Verbraucher- und Patientenberatung verpflichtet. Bisher hat der Trägerverbund der unabhängigen Patientenberatung (UPD) hierfür den Zuschlag erhalten, hinter dem der Sozialverband Deutschland, die Verbraucherzentrale und der Verbund unabhängige Patientenberatung stehen.“

Da dieser Auftrag alle fünf Jahre neu vergeben werden kann, soll ab 2016 der private Gesundheitsdienstleister Sanvartis den Zuschlag erhalten, welcher ein großes Callcenter betreibt und auch mit Krankenkassen und Pharmakonzernen eng zusammenarbeitet.“

„Ich sehe diese Vergabe als äußerst kritisch an, da ich nicht erkenne, dass eine Patientenbe-

ratung weiterhin unabhängig, neutral und kostenfrei bleibt, wenn sie selber eng mit Krankenkassen und vor allem Pharmakonzernen zusammenarbeitet“, so der Landtagsabgeordnete Grant Hendrik Tonne.

Das derzeitige Vergabeverfahren mache das Konfliktpotential deutlich, welches das Verhältnis zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und Patientenberatung berge – und zwar völlig unabhängig von der engagierten Arbeit der gesetzlichen Krankenkassen vor Ort: Die gesetzliche Krankenversicherung sei per Gesetz zur Finanzierung einer Patientenberatung verpflichtet, dürfe jedoch keinen Einfluss auf deren Inhalt nehmen.

Durch die Vergabe der Mittel suchten sich diejenigen, die durch die Patientenberatung in ihrer Arbeit überwacht und begleitet werden, ihre Prüfer selber aus. Derartige Umstände gefährdeten die Unabhängigkeit und Neutralität der Patientenberatung. Hier sollten die gesetzlichen Rahmenbedingungen

geändert werden.

„Mit unserem Änderungsvorschlag bitten wir die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Vergabemodalitäten geändert werden mit dem Ziel, dass Ausschreibungsverfahren und Mittelvergabe an eine unabhängige Institution übergehen, die nicht selbst Gegenstand der Beratungstätigkeit ist. Oberstes Ziel müsse die unabhängige und neutrale Beratung sowie die regionale Erreichbarkeit sein“, so Tonne.

Nach Ansicht der SPD hat die bisherige unabhängige Patientenberatung gute Arbeit geleistet, so hat beispielsweise der Hinweis auf eine gesetzliche Lücke beim Krankengeld zu einer Gesetzesänderung geführt.

Tonne habe sich ferner vorgenommen, diese Position auch nochmal mit diversen Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion zu erörtern. Auf Landesebene habe die Opposition von CDU und FDP diesen Antrag bedauerlicherweise nicht unterstützt.

DH

